



# DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

# WOCHENBERICHT 45/98

Berlin

5. November 1998

65. Jahrgang

## Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus

### Weitere Restauration der Planwirtschaft

Deutsches Institut für  
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für Weltwirtschaft  
an der Universität Kiel

Institut für  
Wirtschaftsforschung Halle

*Die Republik Belarus ist eine kleine Volkswirtschaft, die geographisch im Zentrum Osteuropas liegt. Es sollte daher im ureigensten Interesse des Landes liegen, sich harmonisch in die Weltwirtschaft zu integrieren. Belarus geht jedoch nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich einen ausgeprägten Sonderweg. Die bisherigen Ergebnisse und die weiteren Aussichten dieses wirtschaftlichen Sonderwegs werden von den verantwortlichen Autoritäten des Landes ausgesprochen positiv bewertet. Im Gegensatz dazu üben externe Beobachter praktisch ohne Ausnahme herbe Kritik. Warnungen, der eingeschlagene Kurs führe unweigerlich in eine Sackgasse und könne keineswegs als Basis für ein nachhaltiges Wachstum dienen, finden bislang in den offiziellen Statistiken keine Bestätigung. Vielmehr prägen Erfolgsmeldungen das Bild.<sup>1</sup>*

#### Gesamtwirtschaftliche Entwicklungen

Nach offiziellen Angaben<sup>2</sup> weist die Volkswirtschaft der Republik Belarus eine außerordentlich positive Entwicklung auf, die in Teilen geradezu phantastische Züge annimmt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wächst nicht nur, es wächst sogar immer schneller. Im Zeitraum Januar bis Juli 1998 lag das BIP real um 12 % über dem der entsprechenden Vorjahresperiode (Gesamtjahr 1997: 10 %; Tabelle 1). Demnach hätte sich das Land zu einem Wachstumsspitzenreiter sowohl in Europa als auch im Weltmaßstab entwickelt.

Der reale Einzelhandelsumsatz lag in der genannten Periode um 41 % über dem des entsprechenden Vorjahreszeitraumes; setzt sich diese Entwicklung bis zum Ende des Jahres 1998 fort, so würde dies bedeuten, daß der Einzelhandelsumsatz in den letzten drei Jahren real um über

120 % zugenommen hat. Die Zuwachsrate bei Nahrungsmitteln betrug im Beobachtungszeitraum 32 %, bei dauerhaften Konsumgütern sogar über 50 %. Die (entgeltlichen) Dienstleistungen für private Haushalte expandierten real um 15 %. Insgesamt müßte demnach der private Verbrauch real um über ein Drittel zugenommen haben.

Die Entwicklung der Investitionstätigkeit steht der Entwicklung des privaten Verbrauchs kaum nach. Die reale Zuwachsrate betrug 28 % (Gesamtjahr 1997: 20 %; Tabelle 2). Auch hier ist also eine Beschleunigung zu verzeichnen. Die realen Wachstumsraten der Investitionen lagen

<sup>1</sup> Dieser Bericht wird auch veröffentlicht in: Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 327/1998, IWH Forschungsreihe 8/98.

<sup>2</sup> Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Zahlenangaben dieses Berichts den Veröffentlichungen des Ministeriums für Statistik der Republik Belarus entnommen.

Tabelle 1

**Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren 1990 bis 1998**  
Veränderungen gegenüber Vorjahr bzw. Anteile in %

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	Januar bis Juli 1998
Bruttoinlandsprodukt <sup>1)</sup>	.	-1	-10	-8	-13	-10	3	10	12,0
Industrieproduktion <sup>1)</sup>	2,1	-1,0	-9,4	-10,0	-17,1	-11,7	3,5	17,6	12,5
Agrarproduktion <sup>1)</sup>	-7,8	-8,0	-16,9	-4,0	-15,8	-11,7	1,1	2,9	6,2
Bruttoanlageinvestitionen <sup>1)</sup>	9	4	-29	-15	-11	-31	-5	20	28,0
Gütertransportvolumen <sup>2)</sup>	-3	-6	-25	-30	-36	-26	-19	7	9,7
Beschäftigte	1	-3	-3	-1	-3	-6	-1	0	1,3
Einzelhandelsumsatz <sup>1)</sup>	15	-8	-22	-14	-10	-23	31	20	41
Nominale Geldeinkommen pro Kopf	18	94	754	1 393	2 008	497	73	83	76 <sup>3)</sup>
Nominallöhne	16	101	838	1 107	1 504	669	61	88	97,9
Reallöhne	14	4	-12	-7	-31	-5	5	15	36,8
Verbraucherpreise									
Jahresdurchschnitt	5	94	971	1 190	2 221	709	53	64	44,4
Dezember zu Dezember	.	.	.	1 997	1 960	244	39	63	25,3 <sup>4)</sup>
Industrielle Erzeugerpreise									
Jahresdurchschnitt	.	165	531	1 787	1 916	499	32	89	44,3
Dezember zu Dezember	.	238	4 091	3 868	1 857	140	29	90	26,3 <sup>5)</sup>
Arbeitslosenquote am Periodenende	.	0,1	0,5	1,4	2,1	2,7	3,9	2,8	2,3

1) Real. — 2) Auf Tonnen-Basis. — 3) Januar bis Juni der entsprechenden Vorperiode. — 4) Juli 1998 gegen Dezember 1997. Auf Jahresbasis berechnet: 47,2 %. — 5) Juli 1998 gegen Dezember 1997. Auf Jahresbasis berechnet: 49,2 %.

Quellen: Minstat: Statističeskij bjulleten', Nr. 7/1998; MinStat: Respublika Belarus' v cifrach, Minsk 1997, S. 5, 57 und 169; O rabote narodnogo chozjstva Respubliki Belarus', janvar'-ijul' 1998, S. 113.

in praktisch allen Branchen bzw. Sektoren im zweistelligen Bereich, bei den Investitionen in der Bauwirtschaft sogar über 90 %.

Da der Anteil der Staatsausgaben am BIP kräftig gestiegen ist (Tabelle 9), scheint auch der Staatsverbrauch zum Wachstum beigetragen zu haben. Von den Lagerinvestitionen ist nach den verfügbaren Informationen kein Wachstumsimpuls ausgegangen. Das Leistungsbilanzdefizit nahm weiter zu und entsprach in der Beobachtungsperiode einem Anteil von deutlich über 10 % des BIP.

Die Ermittlung des BIP über die Verwendung der Einkommen gibt in starkem Maße zu Zweifeln Anlaß. Die Lücke zwischen der angegebenen BIP-Wachstumsrate von 12 % und der Summe der gewichteten Verwendungsaggregate beträgt etwa 20 Prozentpunkte. Eine denkbare Erklärung könnte darin bestehen, daß die offiziellen Daten zur Entwicklung der Verbraucher- und Erzeugerpreise das wahre Bild nur unzulänglich wiedergeben und daher die aus den nominalen Zahlen errechnete reale Entwicklung überzeichnet wird. Zu beachten ist, daß bei diesen Überlegungen die angegebene Wachstumsrate des BIP immer noch

als zutreffend unterstellt wird. Auch sie könnte aber zu hoch ausgewiesen sein; allerdings ist dies mit den verfügbaren Daten nicht eindeutig zu belegen.

### Sektorale Produktion

Die Entstehungsseite des BIP zeigt ein Wachstum der industriellen Bruttoproduktion (12,5 %), das in etwa dem des BIP entspricht (Tabelle 3). Die Produktion in den einzelnen Industriezweigen entwickelte sich nahezu durchgängig mit zweistelligen Zuwachsraten in Größenordnungen von etwa 10 bis 25 %. Nur in der Brennstoffindustrie und in der Elektrizitätswirtschaft waren eine Stagnation bzw. ein Rückgang zu verzeichnen.

Besonders zu erwähnen ist — auch wegen des beträchtlichen Anteils an den Ausfuhren — die Eisen- und Stahlindustrie. Sie weist die höchste Wachstumsrate aus (26 %) und ist damit auch mittelfristig der Wachstumsspitzenreiter: Bei Fortsetzung des derzeitigen Trends bis zum Ende des Jahres 1998 würde das Wachstum in den letzten drei Jahren real mehr als 100 % betragen haben. Aus einer

Tabelle 2

**Investitionsentwicklung in konstanten Preisen 1990 bis 1998**  
Veränderungen gegenüber Vorjahr in %

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	Januar bis Juni 1998
Investitionen insgesamt	9	4	-29	-15	-11	-31	-5	20	28 <sup>1)</sup>
Produzierender Bereich	5	4	-40	-13	-10	-29	2	14	26 <sup>1)</sup>
Industrie	2	6	-29	-11	12	-36	0	19	32
Landwirtschaft	8	-5	-51	-31	-46	-34	-16	1	21
Bauwirtschaft	2	27	-54	-12	-20	-47	-32	23	92
Verkehr	3	39	-27	7	-24	0	0	23	24
Nachrichtenwesen	0	-17	-58	37	-5	100	81	-20	1
Handel und Gaststätten	12	-8	-43	-3	81	-62	19	15	36
Materialversorgung und Absatz	38	-27	-38	48	-24	-15	27	71	19
Nichtproduzierender Bereich	16	4	-7	-16	-12	-33	-14	29	30 <sup>1)</sup>
Wohnungsbau	13	10	-11	-19	-10	-44	-5	42	23
Kommunalwirtschaft	20	18	-1	-8	-27	-19	-12	8	53
Gesundheitswesen, Sport, soziale Sicherung	8	27	23	-22	-12	-16	-30	28	29
Bildungswesen	-9	-3	-4	-12	-13	-58	-1	26	52
Kultur und Kunst	-6	6	-37	-13	-25	-29	-24	21	104
Wissenschaft	6	-41	-65	-15	-24	-23	-65	150	66
Finanzsektor, Banken, Versicherungen	.	.	.	.	138	28	-41	-27	1

<sup>1)</sup> Januar bis Juli 1998.

Quellen: Minstat: Statističeskij bjulleten' Nr. 12/1996, S. 159 und 164 f.; Nr. 12, 1997, S. 162, 166; Nr. 7/1998, S. 146 und 151.

längerfristigen Perspektive ist auch zu beachten, daß die Produktion in diesem Sektor im ersten Halbjahr 1998 um mehr als 40 % über dem Niveau vom ersten Halbjahr 1990 lag. Mehr als die Hälfte der Produktion der Eisen- und Stahlindustrie ging in den Export und wiederum mehr als die Hälfte dieses Exports in die Nicht-GUS-Länder.

Trotz der hohen Zuwachsraten bei den Bruttoanlageinvestitionen kommen die Modernisierung und der Neuaufbau des Kapitalstocks kaum voran. Das Wachstum der Industrieproduktion erfolgt im wesentlichen aus den bestehenden Kapazitäten und muß sich daher in absehbarer Zeit erschöpfen.

Die Bauwirtschaft bleibt weiterhin von der starken Zunahme des Wohnungsbaus (22 %) geprägt. Beibehalten wurde auch die Finanzierung des Wohnungsbaus durch extrem billige Kredite, deren Zinsen nur einen Bruchteil der offiziell ausgewiesenen Inflationsrate (und einen noch kleineren Teil der tatsächlichen Inflationsrate) betragen, so daß es sich *de facto* um Subventionen handelt. Ähnliches gilt für die Landwirtschaft, wobei hier allerdings die billigen Kredite nicht zu einer vergleichbaren Ausweitung der Produktion geführt haben. Generell verlangt der Charakter solcher Kredite, sie als quasi-fiskalische Ausga-

ben zu betrachten. Die Entwicklung der Sektoren Transport und Kommunikation blieb nur wenig hinter dem durchschnittlichen Wachstum des BIP zurück. Auffallend ist der extreme Rückgang des Gütertransports auf dem Luftwege (-87 %); auch der Personentransport auf dem Luftweg nahm ab (-15 %).

### Preise

Die Preisentwicklung (Tabelle 4) war im Beobachtungszeitraum zum einen von einer Vorgabe des Präsidenten geprägt, derzufolge der Preisanstieg für Verbrauchsgüter eine Monatsrate von 2 % (das entspricht auf Jahresbasis etwa 27 %) nicht übersteigen dürfe. Zum anderen nahmen aber die Nominaleinkommen der Bevölkerung um über 75 % zu. Die Kluft zwischen der Entwicklung der Nominaleinkommen und der angestrebten Obergrenze des Preisanstiegs führte in Verbindung mit der Befürchtung einer weiteren Abwertung des weißrussischen Rubels zu Rationierungen auf den Märkten für Verbrauchsgüter, zu Panikkäufen und zu einer zurückgestauten Inflation. In dem Maße wie es den staatlichen Instanzen gelang, die geplante Preissteigerungsrate einzuhalten, wurden die entsprechenden (billigen) Güter gehortet bzw. exportiert,

Tabelle 3

**Industrieproduktion nach Zweigen 1990 bis 1998**  
Veränderungen gegenüber Vorjahr bzw. Anteile in %

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	Januar bis Juli 1998
Industrie insgesamt <sup>1)</sup>	2	-1	-9	-10	-17	-12	4	18	12,5
Elektrizitätswirtschaft	3	1	-3	-11	-11	-16	-2	6	-6,2
Brennstoffindustrie	-2	-5	-43	-37	-45	11	-5	-1	0,5
Eisen- und Stahlindustrie	9	13	-14	-14	-13	-1	23	35	25,6
Maschinenbau und Metallverarbeitung	3	5	-7	3	-14	-20	2	26	14,9
Chemie und Petrochemie	0	-7	-15	-12	-17	9	7	18	10,2
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	2	7	-7	-3	-13	-10	14	31	21,2
Baustoffindustrie	2	5	-11	-24	-29	-21	-4	28	17,2
Leichtindustrie	0	1	1	2	-23	-34	12	27	20,3
Nahrungsmittelindustrie	2	-9	-18	0	-6	-13	6	18	20,9

<sup>1)</sup> Ohne Kleinunternehmen, Genossenschaften, Joint-ventures und industrielle Nebenbetriebe anderer Wirtschaftszweige.  
Quellen: Minstat: Statističeskij bjulleten', Nr. 12/1997, S. 108 ff., Nr. 7/1998, S. 30 ff.

und zwar vornehmlich nach Rußland. Von politischer Seite wurde an die Bevölkerung appelliert, Panikkäufe zu unterlassen. In verschiedenen Regionen wurden Lebensmittel rationiert. Entsprechende Maßnahmen griffen im Jahresverlauf immer weiter um sich. Im September 1998 wurden durch einen Präsidialerlaß generelle Mengenbeschränkungen für Käufe von Grundnahrungsmitteln und anderen Gütern des Massenkonsums eingeführt. Zur Verhinderung unkontrollierter Exporte in die Russische Föderation sind die Beschlagnahme sowohl der entsprechenden Güter als auch der verwendeten Kraftfahrzeuge angeordnet worden. Der Verkauf von Nicht-Nahrungsmitteln stieg noch vor dem vollen Ausbruch der Panik an der Monatswende von August zu September um 50 %.<sup>3</sup> Bereits gegen Ende Mai 1998 wurden in einer Reihe von Regionen die Preise von Importgütern freigegeben, vor allem um dem Ansturm auf Lebensmittel zu begegnen.

Im Verlauf des Jahres 1998 betrug der Preisanstieg bei Verbrauchsgütern zunächst fast das Doppelte der präsidialen Vorgabe. Auf Jahresbasis entsprach er einer Rate von knapp 50 %. Die Erzeugerpreise stiegen ungefähr im gleichen Umfang. Die Preisentwicklung dürfte dann durch die im August und September *de facto* (auf dem freien Markt) erfolgte Abwertung des weißrussischen Rubels auf nur mehr ein Viertel bis ein Fünftel des Niveaus vom Frühsommer 1998 einen Schub erhalten haben, der dreistellige jährliche Inflationsraten bedeuten wird. Daran zeigt sich auch, daß die Erwartungen bzw. Befürchtungen der Bevölkerung nur allzu berechtigt waren. Mehr noch als das Tempo der Preissteigerungen dürfte sich die Unsicherheit über die künftige Preisentwicklung in schädlicher Weise

auf die Produktion auswirken. Wichtige Lieferbeziehungen sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt unterbrochen.

#### Arbeitsmarkt

Die Zahl der Beschäftigten lag Ende Juli 1998 um 1,7 % über dem Wert zum entsprechenden Zeitpunkt des Vorjahres (Tabelle 5). Die Arbeitslosenquote ging bis Juli 1998 auf 2,3 % (Juli 1997: 3,3 %) zurück. Folgt man der amtlichen Statistik, herrscht Vollbeschäftigung.

Die Beschäftigungsentwicklung wurde durch eine höhere Kapazitätsauslastung und weitere Strukturanpassungen bestimmt. Bereits in den Vorjahren vollzogen sich Strukturveränderungen zugunsten des tertiären Bereichs, insbesondere des Bankgewerbes, des Handels und des Gaststättengewerbes, des Gesundheitswesens, des Wohnungswesens und der kommunalen Dienstleistungen (Tabelle 6). Auch in den ersten sieben Monaten des Jahres 1998 nahm die Beschäftigung vor allem im tertiären Sektor zu. Auffallend ist hier die Zunahme der Beschäftigung im Handel und Gaststättengewerbe sowie im Bildungswesen. Ein zahlenmäßig hoher Personalzuwachs war auch im Baugewerbe und in der Industrie zu beobachten, nachdem in den Vorjahren in diesen beiden Sektoren ein erheblicher Rückgang des Personalbestandes verzeichnet wurde.

Zu den Sektoren, die weiterhin einen Personalabbau auswiesen, gehören die Landwirtschaft, der Großhandel und der wissenschaftliche Bereich. Ein Grund für den

<sup>3</sup> Dieser Wert bezieht sich auf Januar bis Juli 1998 im Vergleich zur entsprechenden Vorjahresperiode.

Tabelle 4

**Monatliche Preisentwicklung 1994 bis 1998**  
Veränderungen gegenüber Vormonat in %

	Verbraucherpreise					Industrielle Erzeugerpreise				
	1994	1995	1996	1997	1998	1994	1995	1996	1997	1998
Januar	40,7	39,2	5,6	13,3	3,9	24,3	44,4	4,0	18,5	3,7
Februar	18,7	33,7	4,0	6,6	3,1	17,4	13,2	0,3	15,4	3,7
März	10,2	20,0	2,0	2,3	3,3	11,9	9,5	1,1	5,3	2,7
April	28,6	14,5	1,5	4,3	3,8	37,0	7,5	1,6	7,0	2,3
Mai	28,7	3,4	0,6	5,0	3,4	32,4	1,7	0,4	5,9	3,0
Juni	19,5	2,5	2,3	4,5	2,7	22,0	1,3	2,1	2,5	3,5
Juli	26,6	5,2	2,0	1,4	2,8	17,5	2,4	1,7	2,3	4,8
August	53,4	3,0	1,3	1,0	3,8	42,5	5,2	3,5	1,4	.
September	25,5	5,2	1,8	5,0	17,6	41,1	5,0	2,1	2,3	.
Oktober	25,7	3,4	1,3	3,2	.	41,6	2,1	1,6	2,4	.
November	40,5	3,7	3,9	1,8	.	28,4	2,7	2,2	2,4	.
Dezember	31,3	3,9	7,4	2,3	.	26,4	2,2	5,5	2,6	.

Quellen: Minstat: Statističeskij bjulleten' Nr. 12/1996, S. 193 und 217; Nr. 12/1997, S. 205 und 229; Nr. 7/1998, S. 187 und 211.

Rückgang der Beschäftigung in der Landwirtschaft dürfte das seit Jahren vergleichsweise sehr niedrige Lohnniveau sein. Hinzu kommen gegenwärtig hohe Lohnrückstände in zwei Dritteln der staatlichen und genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebe, obwohl der Agrarsektor einer der Hauptempfänger gelenkter Kredite ist. Zur Sicherung des Personalbestandes in der Landwirtschaft gibt es in der Präsidialadministration Überlegungen, die Migration der ländlichen Bevölkerung administrativ weiter einzuschränken und die Arbeitsaufnahme in den Städten nur mit Genehmigung der örtlichen Administration des bisherigen Arbeitsortes zu erlauben.<sup>4</sup> An eine Reform der Landwirtschaft wird hingegen nicht gedacht.

Die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen sank in den ersten sieben Monaten des Jahres 1998 um 22 800 auf 103 400 Personen (gegenüber Juli 1997: -47 800 Perso-

nen). Die Stabilisierung auf dem Arbeitsmarkt drückt sich auch in einer Zunahme der den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen aus. Sie nahmen von Juli 1997 bis Juli 1998 um 47 % auf 48 900 zu. Im Juli 1998 entfielen auf eine offene Stelle zwei Arbeitslose, während es ein Jahr zuvor noch fünf Arbeitslose gewesen waren. In den ersten sieben Monaten des Jahres 1998 wurden von den Arbeitsämtern 95 500 Arbeitslose (38,7 % der registrierten Arbeitslosen) vermittelt. Von den Arbeitslosen wurden 6 % (Stand Juli 1998) zur „gesellschaftlichen Arbeit“ herangezogen, 18 % nahmen an Weiterbildungsmaßnahmen teil. Arbeitslosenunterstützung erhielten lediglich 42 % der registrierten Arbeitslosen. Die durchschnittliche Arbeitslosenunterstützung betrug zudem nur ein Fünftel der offiziellen

<sup>4</sup> Vgl. Izvestija vom 28. August 1998.

Tabelle 5

**Entwicklung des Arbeitsmarktes 1996 bis 1998**

	1996	1997	Juli 1997	Juli 1998
Beschäftigte (in 1 000)	4 364,8	4 369,9	4 173,6	4 243,5
Arbeitslose (in 1 000)	182,5	126,2	151,1	103,4
Arbeitslosenquote (in vH)	3,9	2,8	3,3	2,3
Offene Stellen (in 1 000)	15,8	29,4	33,4	48,9

Quellen: Minstat: O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus', janvar'-ijul' 1998 g., Minsk, S. 110; Statističeskij bjulleten' Nr. 7, Minsk, 1998, S. 63; Arbeitsunterlagen der Institute.

Tabelle 6

## Entwicklung der Beschäftigung 1990 bis 1998

	Beschäftigte	Entwicklung der Beschäftigten <sup>1)</sup>		Beschäftigtenstruktur <sup>2)</sup>	
	Juli 1998 in 1 000	1997 zu 1996 %	Juli 1998 zu Juli 1997 %	1990 %	1997 %
Insgesamt	4 243,5	100,1	101,7	100,0	100,0
Industrie	1 242,4	100,2	101,0	30,3	26,8
Landwirtschaft	753,7	96,7	95,4	18,8	16,4
Forstwirtschaft	28,5	103,8	102,2	0,4	0,6
Transportgewerbe	252,9	98,4	101,7	5,8	5,6
Post und Fernmeldewesen	63,0	103,4	102,8	1,1	1,3
Baugewerbe	318,0	99,3	107,0	10,9	6,9
Handel und Gaststätten	335,0	101,0	108,0	6,2	9,4
Großhandel	39,6	93,3	96,8	1,0	0,8
Wohnungswesen, hauswirtschaftliche Dienstleistungen	148,3	101,1	100,7	2,9	4,4
Gesundheits- und Sozialwesen	306,6	102,8	102,4	5,1	6,9
darunter: Gesundheitswesen	261,9	102,4	101,4	4,3	5,8
Bildungswesen	420,9	101,9	103,5	8,3	9,8
Kultur	57,1	103,0	105,2	1,1	1,3
Kunst	11,8	97,0	102,6	0,3	0,3
Wissenschaft	46,0	93,7	96,4	2,0	1,0
Bankgewerbe	55,7	100,6	107,9	0,5	1,1
Staatliche Verwaltung	69,3	103,2	99,0	0,9	1,6
Statistische Differenz <sup>3)</sup>	-162,2	.	.	.	.

1) Durchschnitt. — 2) Die Beschäftigtenstruktur basiert auf der Summe der Sektoren. — 3) Aufgrund unterschiedlicher statistischer Erfassungen übersteigt die Summe der Sektoren die ausgewiesene Gesamtsumme. In den einzelnen Sektoren wird in der monatlichen Statistik vom nominellen Personalbestand, einschließlich Saisonkräften und ohne Berücksichtigung zeitweiliger Abwesenheit, ausgegangen.

Quellen: Minstat: 'Statističeskij bjulleten', Nr. 7, S. 59 ff., Minsk, 1998; Arbeitsunterlagen der Institute.

Armutsgrenze. Die Anreize, sich arbeitslos zu melden, sind somit gering, so daß die offiziellen Arbeitslosenzahlen das tatsächliche Ausmaß des Problems vermutlich unterzeichnen.

Neben der registrierten Arbeitslosigkeit lagen im ersten Halbjahr 1998 auch die betriebsbedingte Teilzeitarbeit (-40 %) und der Umfang des von den Betriebsleitungen angeordneten Zwangsurlaubs (-35,4 %) unter den Werten der entsprechenden Vorjahresperiode. Von diesen Formen der verdeckten Arbeitslosigkeit waren vor allem die Industrieunternehmen betroffen. Auf sie entfielen 76 % der Teilzeitarbeit und 80 % des angeordneten Zwangsurlaubs, beim Baugewerbe waren es 15 % bzw. 14 %. Von den in Zwangsurlaub befindlichen Personen erhielten 39 % keinerlei Entgelt. Auf die durchschnittliche Arbeitszeit umgerechnet entsprachen die Teilzeitarbeit und der angeordnete Zwangsurlaub im ersten Halbjahr 1998 einer Zahl von 25 000 Beschäftigten oder etwa 0,5 % der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung.

### Einkommen der privaten Haushalte

Die nominalen Geldeinkommen pro Kopf lagen im ersten Halbjahr 1998 um 76 % über den entsprechenden Werten des Vorjahreszeitraums, die Löhne um 97,9 %. Unter Berücksichtigung der offiziellen Inflationsrate ergibt sich ein realer Zuwachs der Geldeinkommen in Höhe von 21 %. Die Realeinkommen stiegen somit fast doppelt so schnell wie das BIP.<sup>5</sup> Wegen umfangreicher administrativer Eingriffe in die Preisbildung der Märkte dürfte die tatsächliche Inflationsrate jedoch deutlich über der statistisch ausgewiesenen liegen. Daher muß der statistische Realeinkommenszuwachs nicht einem gleich hohen Anstieg der Kaufkraft entsprechen. Die Folgen der administrativen Marktlenkung zeigen sich in der defizitären Versorgungslage

<sup>5</sup> Die Einkommenspolitik der weißrussischen Regierung zielte ursprünglich nur auf eine Zuwachsrate der realen Geldeinkommen von 6 bis 7 %.

und der in einigen Regionen des Landes wieder eingeführten Rationierung von Grundnahrungsmitteln.

Hinter dem starken Anstieg der realen Geldeinkommen steht vor allem eine Steigerung der Reallöhne (36,8 %) und der realen Durchschnittsrenten (38,2 %). Die Steigerung der Löhne und Renten führte in der Struktur der Geldeinkommen der privaten Haushalte gegenüber dem Vorjahr zu einer Verschiebung zu Gunsten der Löhne. Dagegen verminderte sich der Anteil der Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, aus Vermögen sowie aus sonstigen Quellen (Tabelle 7). Dies war auch Folge einer seit 1995 zunehmenden Behinderung privatwirtschaftlicher Aktivitäten und vielfältiger Eingriffe in die Preisbildung, die die Rentabilität der Unternehmen senkten und damit letztlich auch den Zuwachs der Einkommen aus selbständiger Tätigkeit beschränkten.

In der Verwendungsstruktur der Geldeinkommen stieg der Anteil der Konsumausgaben auf 81 % (1. Halbjahr 1997: 73,5 %). Die Einlagen (in Rubel und Devisen) bei den Banken erhöhten sich in den ersten sechs Monaten 1998 real um etwa 10 %, obwohl die Einlagenzinssätze nicht einmal die offizielle Inflationsrate erreichten. Die Summe der Einlagen in Devisen betrug Ende Juni 1998 etwas mehr als 151 Millionen US-Dollar. Nach weißrussischen Schätzungen befinden sich aber in den Händen der Bevölkerung mehr als 2 Milliarden US-Dollar; auf einen ähnlichen Betrag werden die im Ausland befindlichen Devisenbestände der privaten Haushalte geschätzt. Treffen diese Schätzungen zu, so beträgt das in Devisen gehaltene Vermögen das 8- bis 10fache der Einlagen der privaten Haushalte auf Konten bei Banken und Sparkassen.<sup>6</sup> Da die Konsumausgaben real stärker stiegen als die Ersparnisse, sank die Sparquote auf weniger als die Hälfte des Wertes

der Vorjahresperiode. Es ist zu vermuten, daß — ähnlich wie in Rußland — ein Teil der Ersparnis Umlaufmittel darstellt, die von privaten Unternehmen genutzt werden, und die Sparquote wie in den Vorjahren zu hoch ausgewiesen wurde.

Die Differenzierung der Pro-Kopf-Einkommen ist im ersten Halbjahr 1998 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, gemessen an der Relation zwischen den Anteilen des obersten und des untersten Einkommensquintils, vom 3,7fachen auf das 4,2fache gestiegen. Auch die Differenzierung der Durchschnittslöhne zwischen den Branchen und Sektoren hat leicht zugenommen. Überdurchschnittliche Lohnzuwächse wurden vor allem in der staatlichen Verwaltung, im Bank- und Baugewerbe sowie in der Landwirtschaft erzielt. Dagegen blieben die Lohnzuwächse in den aus dem Haushalt finanzierten und direkt durch den Staat regulierten Sektoren Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen, Kultur und Kunst sowie in der Forstwirtschaft unter dem Durchschnitt. Die höchsten Löhne wurden im Bankgewerbe, in der staatlichen Verwaltung und im Baugewerbe gezahlt, die niedrigsten in der Landwirtschaft und in den haushaltsfinanzierten Bereichen (Tabelle 8).

Auch in Belarus traten verzögerte Lohnauszahlungen auf, allerdings in wesentlich geringerem Maße als in Rußland. Sie sind auch kein gesamtwirtschaftliches, sondern ein spezielles Problem der Landwirtschaft, auf die fast 80 % der Lohnrückstände entfielen. In Industrieunterneh-

<sup>6</sup> Bei dieser Schätzung wurde die Summe der von den privaten Haushalten gehaltenen Devisenbestände mit dem durchschnittlichen offiziellen Kurs des Monats Juni 1998 in weißrussische Rubel umgerechnet und der Summe des auf Konten bei weißrussischen Banken und Sparkassen gehaltenen Geldvermögens gegenübergestellt.

Tabelle 7

Struktur der Geldeinkommen der privaten Haushalte 1995 bis 1998  
in %

	1995	1996	1. Halbjahr 1997	1. Halbjahr 1998
Herkunft der Geldeinkommen	100	100	100	100
Lohn	52,6	50,3	49,5	58,6
Soziale Transfers	17,0	16,9	17,0	18,4
Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, sonstige Einkommen	30,4	32,8	33,5	23,0
darunter: Einkommen aus Vermögen	.	.	.	1,5
Verwendung der Geldeinkommen	100	100	100	100
Kauf von Waren und Dienstleistungen	71,0	73,0	73,5	81,0
Steuern und Beiträge	6,3	5,8	6,6	9,8
Sparen (alle Formen)	22,7	21,2	19,9	9,2

Quellen: Minstat; Respublika Belarus' v cifrach 1996, Minsk, S. 57; O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus', janvar' - ijun' 1997 g., Minsk, S. 117; O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus', janvar' - ijul' 1998 g., Minsk, S. 119.

Tabelle 8

**Lohnentwicklung und -struktur 1996 bis 1998**  
in 1 000 Rubel bzw. in %

	Durchschnittslöhne 1. Halbjahr 1998		Struktur der Löhne		
	1 000 Rubel	in % zur Vor- jahresperiode	1996	1997	1. Halbjahr 1998
Gesamtwirtschaftlicher Durchschnittslohn	3 638,9	197,9	100,0	100,0	100
Arbeiter und Angestellte	3 870,2	195,3	106,2	107,1	106
Industrie	4 472,3	201,0	112,7	121,0	123
Landwirtschaft	2 152,8	217,6	62,5	57,5	59
Forstwirtschaft	3 032,4	183,9	90,7	88,6	83
Transportgewerbe	3 990,9	191,8	120,7	115,9	110
Post und Fernmeldewesen	3 735,3	196,7	111,5	101,9	103
Baugewerbe	4 604,8	204,1	121,6	131,7	127
Handel und Gaststätten	3 178,1	191,8	88,3	86,5	87
Gesundheitswesen	2 885,7	168,2	92,2	86,0	79
Sozialwesen	1 946,4	173,1	57,2	55,6	53
Bildungswesen	3 019,0	183,7	83,8	82,0	83
Kultur	2 568,7	177,7	73,7	70,1	71
Kunst	2 451,7	176,3	70,9	69,7	67
Wissenschaft	4 111,8	194,2	111,7	115,8	113
Bankgewerbe	7 252,2	207,5	190,5	204,0	199
Staatliche Verwaltung	5 156,8	210,0	141,8	142,7	142

Quellen: Minstat: Statističeskij bjulleten', Nr. 12, Minsk; O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus', janvar' -jul' 1998 g., Minsk, S. 116; Arbeitsunterlagen und Berechnungen der Institute.

men wurden nur etwa 9 % der Rückstände verzeichnet. Die im Juli vorhandenen Lohnrückstände entstanden zu 77 % im Vormonat und entsprachen etwa einem Sechstel der Monatslohnsumme.

Ungeachtet des realen Zuwachses der monatlichen Durchschnittsrente von 39 % in den ersten sieben Monaten 1998 im Vergleich zur Vorjahresperiode blieb das Niveau der Renten unverändert ein erstrangiges soziales Problem. Die Durchschnittsrente lag nur minimal über der offiziellen Armutsgrenze dieser sozialen Gruppe. Die Relation der Durchschnittsrente zum Durchschnittslohn (39 %) veränderte sich nicht.

Der Mindestlohn lag im ersten Halbjahr 1998 wie schon im Vorjahr bei nur 16 % der Armutsgrenze. Der unter Einbeziehung von Zuschlägen berechnete Grundlohn im Geltungsbereich des „Einheitlichen Tarifsystems“, dem verbindlichen staatlichen Entlohnungssystem der haushaltsfinanzierten Bereiche, entsprach 42 % der Armutsgrenze. Der volkswirtschaftliche Durchschnittslohn erreichte 229 % dieser Kennzahl.

Der Anteil der in Armut lebenden Bevölkerung hat sich im ersten Quartal 1998 verringert, blieb aber mit 28,3 %

immer noch sehr hoch (1. Quartal 1997: 32,7 %). Von Armut sind besonders Familien mit Kindern und Alleinerziehende betroffen. Die soziale Unterstützung erfolgt weiterhin nach der Zugehörigkeit zu bezugsberechtigten sozialen Gruppen und nicht nach der tatsächlichen wirtschaftlichen Situation der Betroffenen. Eine Unterstützung erhielten nur etwa 37 % der unter der offiziellen Armutsgrenze lebenden Bevölkerung.<sup>7</sup>

Das allgemein niedrige Einkommensniveau zwingt die Mehrzahl der Haushalte zur Eigenversorgung. Schon Anfang 1997 bewirtschafteten 68 % der Haushalte (50 % der städtischen und 98 % der ländlichen Haushalte) eine landwirtschaftliche Fläche, deren Produkte zu 95 % von den Haushalten selbst verbraucht wurden.<sup>8</sup>

Die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte wird sich in den nächsten Monaten wohl kaum verbessern. Der mit dem Verfall des weißrussischen Rubels einhergehende Druck auf die Preise sowie das durch Horten und fehlende

<sup>7</sup> Vgl. Belorusskaja delovaja gazeta vom 13. Juli 1998.

<sup>8</sup> Vgl. Belorusskij rynok, Nr. 28/1997.

Tabelle 9

## Ausgewählte öffentliche Einnahmen und Ausgaben des konsolidierten Haushalts 1992 bis 1998

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998 <sup>1)</sup>
	Einnahmen (Struktur in %)						
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Mehrwertsteuer	37,1	27,6	27,4	28,0	28,1	29,7	25,4
Akzisen	8,9	12,1	10,6	7,9	12,5	13,0	11,2
Gewinnsteuer	25,8	29,7	30,7	21,6	14,5	14,7	11,0
Einkommensteuer	7,4	7,1	7,3	9,3	10,5	10,1	9,8
Tschernobylsteuer	8,4	7,7	4,9	8,0	.	5,0	4,0
Mineralölsteuer	2,4	2,6	2,2	1,7	0,5	.	.
Immobiliensteuer	0,6	0,9	1,3	2,5	1,9	.	.
Zölle etc.	1,6	6,9	9,2	5,7	6,7	8,2	6,8
Sonstige Einnahmen	7,8	5,4	6,4	15,4	.	.	.
	Ausgaben (Struktur in %)						
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Volkswirtschaft	41,9	38,7	27,5	21,9	19,9	16,2	22,7
Bildung, Kultur, Soziales	30,6	30,3	35,9	42,8	48,7	42,9	41,2
Wissenschaft	1,4	1,2	0,9	1,7	.	1,5	1,2
Tschernobylfolgen	12,6	9,7	6,9	7,7	.	3,9	9,0
Verteidigung	4,8	4,2	4,3	4,4	.	4,7	3,4
Rechtsorgane	3,0	3,5	4,5	7,1	2,4	6,2	6,1
Verwaltung	1,8	1,7	1,9	3,5	1,1	3,2	3,2
Schuldendienst	2,0	1,2	0,6	0,6	.	1,9	2,0
Sonstige Ausgaben	1,8	9,6	17,6	10,2	27,9	19,5	11,3
Saldo in % der Ausgaben	-5,7	-13,1	-8,7	-8,5	-6,7	-6,1	-0,6
	Einnahmen (Anteil am B I P in %)						
Insgesamt	32,3	37,0	36,8	30,0	27,5	32,1	41,0
Mehrwertsteuer	12,0	10,2	10,1	8,4	7,7	9,5	10,4
Akzisen	2,9	4,5	3,9	2,4	3,4	4,2	4,6
Gewinnsteuer	8,3	10,8	10,9	6,4	4,0	4,7	4,5
Einkommensteuer	2,4	2,7	2,7	2,8	2,9	3,2	4,0
Tschernobylsteuer	2,7	2,8	1,8	2,4	.	1,6	0,8
Mineralölsteuer	0,8	1,0	0,8	0,5	0,1	.	.
Immobiliensteuer	0,2	0,3	0,5	0,7	0,5	.	.
Zölle etc.	0,5	2,6	3,4	1,7	1,8	2,6	2,8
Sonstige Einnahmen	2,5	2,0	2,3	4,6	.	.	.
	Ausgaben (Anteil am B I P in %)						
Insgesamt	34,3	42,3	39,9	32,3	30,2	34,4	42,4
Volkswirtschaft	14,3	16,3	11,0	7,1	6,0	5,5	9,3
Bildung, Kultur, Soziales	10,5	12,8	14,3	13,9	14,7	14,7	16,9
Wissenschaft	0,5	0,5	0,4	0,5	.	0,5	0,5
Tschernobylfolgen	4,3	4,1	2,8	2,5	.	1,4	2,2
Verteidigung	1,7	1,8	1,7	1,4	.	1,6	1,4
Rechtsorgane	1,0	1,5	1,8	2,3	0,7	2,1	2,5
Verwaltung	0,6	0,7	0,8	1,1	0,3	1,1	1,3
Schuldendienst	0,7	0,5	0,2	0,2	.	0,7	0,8
Sonstige Ausgaben	0,6	4,0	7,0	3,3	.	6,7	7,5
Saldo in % des BIP	-2,0	-5,6	-3,6	-2,8	-2,0	-2,1	-1,4

<sup>1)</sup> 1. Halbjahr. Einschließlich außerbudgetärer Fonds, ohne Sozialversicherungsfonds.

Quellen: Statističeskij bjulleten', Nr. 7/1997, S. 81 ff.; Respublika Belarus' v cifrach, Minsk 1997, S. 175 ff.; Berechnungen der Institute.

Produktionsanreize verknappte Warenangebot treffen vor allem die armen Bevölkerungsschichten. Hinzu kommt, daß die Ernte dieses Jahres schlecht ausfiel. Und schließlich verstärkt sich offensichtlich wegen der bestehenden Preisdifferenzen der illegale Export von Konsumgütern nach Rußland.

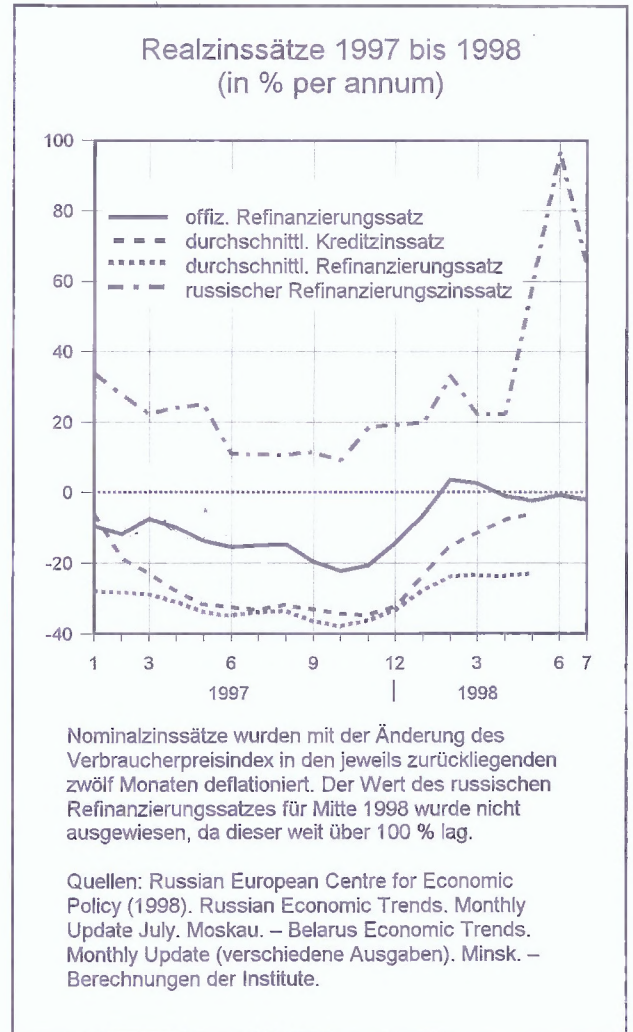
### Öffentliche Haushalte

Den öffentlichen Haushalten kommt nach wie vor nur eine geringe Aussagekraft über den tatsächlichen Umfang der staatlichen Aktivitäten zu. Eine Unterordnung des Bankensektors unter finanzpolitische Ziele ermöglicht weitreichende quasi-fiskalische Aktivitäten, die nicht auf der Ausgabenseite des öffentlichen Haushalts erfaßt werden. Zu den facettenreichen quasi-fiskalischen Aktivitäten gehört vor allem die präferentielle Kreditvergabe an bestimmte Branchen, die eine besondere Form der impliziten Subventionierung einzelner Akteure darstellt, ohne budgetwirksam zu werden.<sup>9</sup> Das Ausmaß dieser quasi-fiskalischen Aktivitäten ist aufgrund einer hohen Intransparenz der Finanzströme kaum zu quantifizieren. Würde die Zinssparnis des Unternehmenssektors ordnungsgemäß als Staatsausgabe verbucht, so läge das Defizit des Staatshaushalts nicht bei 1,4 % des BIP (Tabelle 9), sondern nach vorsichtigen Schätzungen bei eher knapp 5 %.

Beginnend mit dem Haushaltsjahr 1998 werden im konsolidierten Haushalt nicht nur der zentrale Staatshaushalt und die Haushalte der nachgeordneten Gebietskörperschaften, sondern auch die Einnahmen und Ausgaben der außerbudgetären Fonds, jedoch ohne den Sozialversicherungsfonds, erfaßt. Damit ergibt sich ein methodischer Bruch zu den Vorjahren. Zudem werden weder auf der Einnahmen- noch auf der Ausgabenseite die Aktivitäten dieser Fonds gesondert ausgewiesen; daher wird die Intransparenz durch den höheren Aggregationsgrad verschärft. Angaben des Finanzministeriums zufolge lagen die Ausgaben der außerbudgetären Fonds im ersten Halbjahr 1998 bei 6,5 % des BIP. Setzt man die Ausgeglichenheit dieser auf Umlagebasis operierenden Fonds voraus, so haben sich die Einnahmen des um die außerbudgetären Fonds bereinigten öffentlichen Haushalts weiter erhöht (1997: 32,1 % des BIP; erstes Halbjahr 1998: 35,5 %). Getragen wurde diese Entwicklung von einem Anstieg des Aufkommens aus der Mehrwertsteuer, den Akzisen und der Einkommensteuer. Die Einnahmen aus der Gewinnsteuer waren dagegen — trotz des ausgewiesenen Wirtschaftswachstums — rückläufig: Erklärungen für diese Entwicklung bieten Steuervergünstigungen, die dem staatlichen Unternehmenssektor eingeräumt wurden. Zudem bewegten sich generell auch im ersten Halbjahr 1998 zahlreiche Betriebe — trotz der großzügigen Vergabe präferentieller Kredite — in der Verlustzone.

Die Ausgaben stiegen im ersten Halbjahr 1998 gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode deutlich langsamer als die Einnahmen. Es zeigt sich, daß die vorhande-

Abbildung 1



nen Mittel vor allem zur Finanzierung der Volkswirtschaft — und damit zur Subventionierung — sowie für die soziale Sicherung ausgegeben wurden. Insgesamt weicht die Ausgabenstruktur von den Haushaltsplanungen für 1998 deutlich ab, denen zufolge ein Rückgang der Subventionen und Sozialausgaben zu erwarten gewesen wäre.

### Geldpolitik

Die weißrussische Geldpolitik trägt zu einer Reihe gravierender wirtschaftlicher Fehlentwicklungen bei. Sie wird direkt zur administrativen Lenkung von Ressourcen in bevorzugte Wirtschaftsbereiche benutzt und verzerrt insofern die Ressourcenallokation. Darüber hinaus wird die

<sup>9</sup> Zum Teil werden auch Preisregulierungen zu den quasi-fiskalischen Aktivitäten gerechnet; vgl. G. A. Mackenzie und P. Stella: Quasi-Fiscal Operations of Public Financial Institutions. International Monetary Fund. Occasional Paper 142. Washington, D.C., 1996.

Geldpolitik in großem Umfang für quasi-fiskalische Aktivitäten eingesetzt. Dadurch facht sie die Inflation an, statt zu einer Stabilisierung des Geldwertes beizutragen. Die Regierung versucht, die destabilisierenden Auswirkungen dieser Politik durch zunehmende administrative Preiskontrollen abzumildern. Dadurch verursacht sie wachsende Engpässe bei von Preiskontrollen betroffenen Konsumgütern.

Gemessen an der Entwicklung der Zinssätze blieb die Geldpolitik im ersten Halbjahr 1998 expansiv ausgerichtet. Die Zentralbank hob im Februar — wohl in Reaktion auf eine gleichgerichtete russische Maßnahme — den offiziellen Refinanzierungszinssatz vorübergehend von 40 auf 50 % an. Damit überstieg er zwar kurzzeitig die offiziell ausgewiesene Inflationsrate (Abbildung 1). Jedoch wurde dieser Zinsschritt bereits im zweiten Quartal zurückgenommen, so daß der Zinssatz wieder unter die Inflationsrate sank.

Zudem ist der offizielle Refinanzierungszinssatz ökonomisch von untergeordneter Bedeutung. Vielmehr werden die Kredite an Geschäftsbanken überwiegend zu stark ermäßigten Zinsen gewährt. Der durchschnittliche Zinssatz, zu dem sich die Banken bei der Zentralbank refinanzieren können, lag im Mai 1998 nominal nur knapp über 10 % und war damit real, wie schon seit Mitte 1996, deutlich negativ. Das Gleiche gilt für den Zinssatz, zu dem die Geschäftsbanken die verbilligten Kredite an die Wirtschaft weiterreichen dürfen. Dieser ist auf ein bis drei Prozentpunkte über dem Satz begrenzt, zu dem sie die Kredite von der Zentralbank erhalten. Entsprechend blieb auch der durchschnittliche Zinssatz für Kredite der Geschäftsbanken an die Wirtschaft hinter der Inflationsrate zurück.

Die seit August 1998 andauernde Wirtschafts- und Währungskrise in Rußland führte trotz der engen Verflechtung der beiden Volkswirtschaften nicht zu einer weniger expansiven Geldpolitik. Im Gegenteil, die weißrussische Zentral-

bank reduzierte ihren Refinanzierungszinssatz Anfang August noch einmal leicht auf 38 %, obwohl mit dem russischen Rubel auch die weißrussische Währung erheblich unter Druck geraten war.

Insgesamt wurde damit die Geldmengenentwicklung auch im Jahr 1998, wie schon seit 1996, von den stark subventionierten Zentralbankkrediten an ausgewählte, staatlich kontrollierte Geschäftsbanken geprägt. Diese Kredite sind mit der Auflage verbunden, sie zu ebenfalls stark ermäßigten Zinsen an bestimmte Wirtschaftsbereiche weiterzureichen. Während die Kredite bis Mitte 1997 fast ausschließlich an die Landwirtschaft und in den privaten Wohnungsbau flossen, kam von der zweiten Hälfte 1997 an auch die Nahrungsmittelindustrie hinzu. Bereits im Mai 1998 wurde der für das Gesamtjahr ursprünglich vorgegebene Rahmen für zentralisierte Kredite um 50 % überschritten, hauptsächlich aufgrund außerplanmäßiger Kredite an die Nahrungsmittelindustrie.<sup>10</sup> Diese Kredite wurden offenbar als notwendig erachtet, nachdem sich die Finanzprobleme in diesem Industriezweig aufgrund der verschärften Preiskontrollen bei Nahrungsmitteln im ersten Quartal 1998 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum drastisch verschärft hatten. Die gegenwärtige Politik erzeugt einen Kreislauf aus zunehmenden Preiskontrollen, die den Ruf nach zusätzlichen subventionierten Krediten nach sich ziehen, die wiederum den Inflationsdruck erhöhen, was dann erneut zum Anlaß für verschärfte Preiskontrollen genommen wird.

Die erweiterte Geldmenge (M3) expandierte im ersten Halbjahr 1998 langsamer als im Vergleichszeitraum des

<sup>10</sup> Bis in das zweite Quartal 1997 hinein lag der Anteil der Industrie am Bestand der gelenkten Kredite stets bei 5 bis 6,5 %. Danach stieg er rasch und erreichte Ende 1997 über 40 %. Für 1998 hatte die Zentralbank ursprünglich keine gelenkten Kredite an die Industrie eingeplant. Dennoch waren bis Mai 45 % der neu ausgezahlten gelenkten Kredite an die Nahrungsmittelindustrie geflossen.

Tabelle 10

**Wachstum der Geldmengenaggregate 1993 bis 1998**  
Periodenende zu Periodenende, in %

	1993	1994	1995	1996	1997	1997		1998 1. Halbjahr
						1. Halbjahr	2. Halbjahr	
Geldbasis	604	1 897	286	78	108	37	51	39
M3 <sup>1)</sup>	985	1 894	158	52	111	51	40	32
Memorandum:								
Verbraucherpreise	1 998	1 957	244	39	63	41	16	22
Erzeugerpreise	2 280	1 868	141	32	91	67	14	20

<sup>1)</sup> Einschließlich Konten in ausländischer Währung.

Quellen: Belarus Economic Trends (verschiedene Ausgaben); Berechnungen der Institute.

Tabelle 11

**Herkunft und Verwendung der Geldbasis 1997 bis 1998**  
Anteile in %

	1997				1998	
	I	II	III	IV	I	II
<b>Herkunft</b>						
Devisenreserven (netto)	4,3	14,7	13,1	10,1	-0,1	0,3
Inländische Aktiva (netto)	95,7	85,3	86,9	89,9	100,1	99,7
Forderungen an die Zentralregierung	75,2	62,5	45,3	49,3	49,0	37,4
Forderungen an die Banken	66,0	59,6	72,3	67,5	73,5	82,8
Sonstige Aktiva	-45,5	-36,8	-30,7	-26,9	-22,4	-20,5
<b>Verwendung<sup>1)</sup></b>						
Bargeld	56,3	52,9	48,1	48,7	43,2	46,0
Pflichtreserven der Geschäftsbanken	29,9	29,9	29,7	29,5	30,0	27,1
Überschußreserven	11,3	11,7	18,7	19,7	23,6	23,8

<sup>1)</sup> Die Differenz zwischen den Anteilen der drei aufgeführten Kategorien und 100 % besteht aus „sonstigen“ Konten, die nicht den Reserven zugerechnet werden.

Quellen: Belarus Economic Trends. Monthly Update (verschiedene Ausgaben); Berechnungen der Institute.

Vorjahres. Die Geldbasis wuchs mit unveränderter Rate (Tabelle 10). Das Wachstum der inländischen Kredite in weißrussischen Rubeln beschleunigte sich jedoch im ersten Halbjahr 1998 deutlich auf 150 % (nach 135 % für das Gesamtjahr 1997). Im Gegensatz dazu gingen die Netto-Devisenreserven im ersten Quartal 1998 geradezu dramatisch zurück und erholten sich auch im weiteren Verlauf des Jahres nicht. Die Zentralbank verfügt seitdem praktisch nur noch über inländische Aktiva (Tabelle 11). Im Zuge der Währungskrisen im März und ab August des Jahres 1998 wurden die Reserven in konvertiblen Währungen netto sogar negativ. Der Anteil der Zentralbankforderungen gegenüber der Regierung an der Geldbasis ging im ersten Halbjahr 1998 — wie schon 1997 — weiter zurück. Im Gegenzug stieg der Anteil der Forderungen an Geschäftsbanken weiter deutlich. Hinter dieser Verschiebung steht aber lediglich eine Verlagerung hin zu quasi-fiskalischen Aktivitäten, da die Kredite an das Bankensystem größtenteils an die Subventionierung ausgewählter Wirtschaftszweige zweckgebunden sind.

In der Zusammensetzung der erweiterten Geldmenge M3 hat sich der Trend, wonach Bankeinlagen in heimischer Währung zunehmend an Gewicht gewinnen, fortgesetzt. Im Gegensatz dazu hat der Anteil der Fremdwährungseinlagen abgenommen (Tabelle 12). Dies reflektiert jedoch keineswegs gestiegenes Vertrauen in den weißrussischen Rubel. Vielmehr werden Devisenbestände zunehmend in bar oder auf ausländischen Konten gehalten.

### Wechselkurspolitik

Eine mit der Wechselkurspolitik inkompatible Geldpolitik hatte bereits im März 1998 zu einer Währungskrise

geführt.<sup>11</sup> Als Reaktion auf die Krise verschärfte die weißrussische Regierung die Devisenkontrollen. Sie froh Devisenkonten von Ausländern zeitweilig ein, hielt an ihrem System multipler Wechselkurse fest und griff stärker als zuvor in die Kursbildung der Wechselstuben ein. Da auch die bereits 1997 eingeführten Beschränkungen weiterhin in Kraft sind, nahmen die Ungleichgewichte am Devisenmarkt zu, und das Transaktionsvolumen ging immer mehr zurück. Exporteure müssen grundsätzlich 30 % ihrer Fremdwährungseinnahmen an die Zentralbank zu einem von der Bank festgesetzten offiziellen Wechselkurs verkaufen.<sup>12</sup> Diesen Kurs hat die Zentralbank im Verlauf des ersten Halbjahres 1998 um 18 % gegenüber dem US-Dollar und um 11 % gegenüber dem russischen Rubel abgewertet (Abbildung 2). Zur Jahresmitte lag der Kurs zum US-Dollar bei 37 400 Rubel. Seit Januar 1998 kauft die Zentralbank über die dreißigprozentige Ablieferungspflicht hinaus auch Hartwährung an der Minsker Devisenbörse zu einem Kurs, der deutlich über dem offiziellen Kurs liegt.

Der tatsächliche Wert des weißrussischen Rubels ließ sich bis März 1998 am ehesten an den freien Kursen ablesen, die an der Moskauer Börse erzielt wurden. Nachdem der Handel in Moskau in Folge der Währungskrise vom

<sup>11</sup> Vgl. Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus. Verordnetes Wachstum endet in Währungskrise. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 17/98. Auch abgedruckt in: Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 314/1998. IWH Forschungsreihe 3/1998.

<sup>12</sup> Es bestehen allerdings zahlreiche Ausnahmeregelungen, so daß in der Praxis ein geringerer Teil der gesamten Exporterlöse zu diesem Kurs an die Zentralbank abgeführt wird.

Tabelle 12

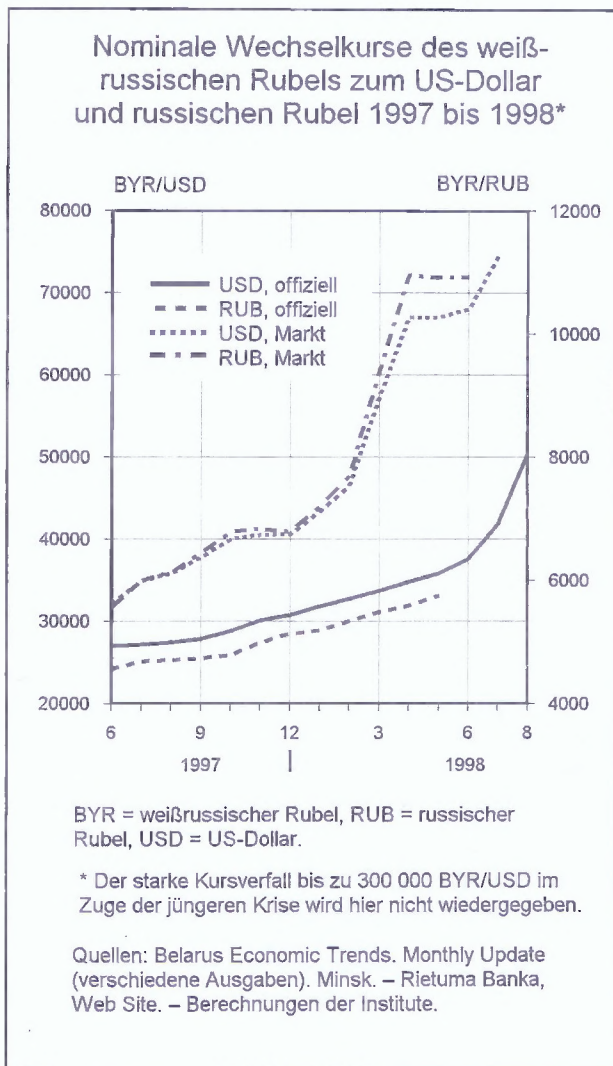
**Zusammensetzung der erweiterten Geldmenge M3 1997 bis 1998**  
in %

	1997				1998	
	I	II	III	IV	I	II
Bargeldumlauf	20,5	21,5	20,0	21,3	19,8	21,2
Sicht- und Spareinlagen in einheimischer Währung	47,7	48,1	51,2	51,4	53,3	53,1
Fremdwährungskonten	31,7	30,5	28,8	27,3	26,9	25,7

Quellen: Belarus Economic Trends. Monthly Update (verschiedene Ausgaben). Minsk; Berechnungen der Institute.

März 1998 ausgesetzt wurde, fehlt dieser Referenzpunkt. Einige ausländische Banken veröffentlichen aber weiterhin Kurse des weißrussischen Rubels. Zur Jahresmitte wurde beispielsweise in Lettland zu einem Dollar-Kurs von etwa 68 000 Rubel, d.h. um etwa 80 % über dem offiziellen

Abbildung 2



Minsker Kurs, gehandelt. Dies entspricht einer nominalen Abwertung des freien Kurses von 40 % seit Jahresbeginn. Ähnlich stark war die Abwertung gegenüber dem russischen Rubel (Abbildung 2).

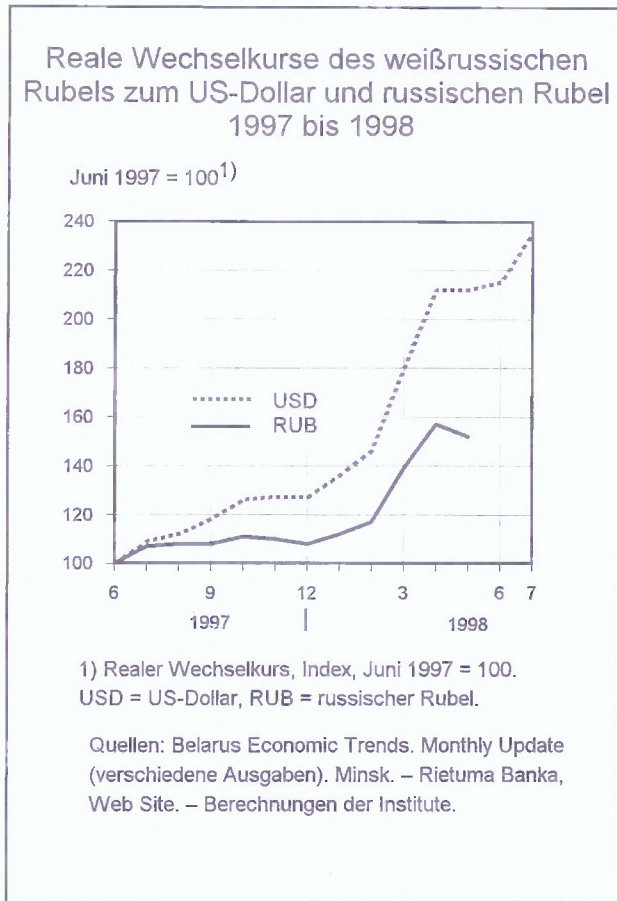
Im Zuge der schweren Finanzkrise in Rußland seit August 1998 verlor auch die weißrussische Währung weiter dramatisch an Wert. Der offizielle Kurs wurde bis Ende September um weitere 30 % auf 53 400 Rubel zum US-Dollar abgewertet. Die Lücke zwischen dem offiziellen Wechselkurs und dem Marktkurs vergrößerte sich nochmals erheblich. Der freie Kurs im Ausland fiel zeitweilig bis auf 300 000 Rubel zum US-Dollar. In der Folge unterlag der Kurs starken Schwankungen, und der Handel wurde auch im Ausland wiederholt eingestellt. Ende September wurde der Rubel im Ausland zu einem Dollar-Kurs von etwa 190 000 Rubel gehandelt. Eine Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds vom Mai 1998, wonach die Lücke zwischen dem offiziellen Wechselkurs und dem freien Kurs im Jahresverlauf geschlossen und das System multipler Wechselkurse gegen Ende des Jahres abgeschafft werden sollte, ist damit Makulatur geworden.

Real, das heißt bereinigt um Inflationsdifferenziale, ist der offizielle Wechselkurs zum US-Dollar im ersten Halbjahr 1998 etwa konstant geblieben. Gemessen am freien Marktkurs hat der weißrussische Rubel dagegen im zweiten Quartal 1998 sowohl gegenüber dem US-Dollar als auch gegenüber dem russischen Rubel real stark abgewertet (Abbildung 3). Allerdings wird das Ausmaß der realen Abwertung überzeichnet, da die ausgewiesene Inflationsrate in Belarus aufgrund der Preiskontrollen nicht die tatsächliche Geldentwertung wiedergibt. Da der überwiegende Teil des Außenhandels entweder im Wege des reinen Tauschhandels abgewickelt wird oder zu Kursen, die den freien Marktkursen nahe kommen, dürfte sich somit die preisliche Wettbewerbsfähigkeit weirussischer Exporteure zunächst verbessert haben.

#### Außenwirtschaft

Die seit dem Jahre 1996 zu beobachtende Verschlechterung der Zahlungsbilanzsituation setzte sich im Jahre 1998

Abbildung 3



fort. Bereits im ersten Quartal 1998 wies die Leistungsbilanz ein Defizit auf, das nahezu 50 % des gesamten Defizits des Vorjahres ausmachte (Tabelle 13). Das Defizit stieg im ersten Quartal auf 11 % des Bruttoinlandsprodukts, nach 6 % für das Gesamtjahr 1997 und 9,5 % für das erste Quartal 1997. Der Anstieg des Defizits ging nahezu ausschließlich auf den Handel mit Nicht-GUS-Staaten zurück. Stark steigenden Fertigwarenimporten aus Nicht-GUS-Staaten standen meist rückläufige Exporte in die meisten dieser Staaten gegenüber.<sup>13</sup> Der Anteil Rußlands an den weißrussischen Exporten erhöhte sich im ersten Halbjahr 1998 auf knapp 70 % (1997: 65 %). Jedoch konnte diese Umorientierung, die schon im Jahre 1997 zu einem Überschuß im bilateralen Handel mit Rußland geführt hatte (Tabelle 14), nicht verhindern, daß sich die Handelsbilanz insgesamt im ersten Halbjahr zunehmend defizitär entwickelte.<sup>14</sup>

Konkrete Angaben über die tatsächliche Höhe des Leistungsbilanzdefizits sind nur begrenzt möglich, da erhebliche statistische Probleme bei der Erfassung und Quantifizierung grenzüberschreitender nichtfinanzieller Transaktionen bestehen. So verdeckt der Tauschhandel mit

Rußland, aber auch der mit anderen GUS-Staaten, das tatsächliche Ausmaß des Defizits.<sup>15</sup>

Bisher hat Rußland durch verschiedene Maßnahmen wie Direktinvestitionen im Zusammenhang mit der Yamal-Erdgaspipeline, debt-equity-swaps und Handelskredite entscheidend zur Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite in Belarus beigetragen. Im Rahmen von Sondervereinbarungen wurden die ständig auflaufenden Zahlungsforderungen für russische Erdgaslieferungen meistens durch Güterlieferungen aus Belarus abgegolten. Waren es im Jahre 1997 noch 177 Millionen US-Dollar (etwa ein Viertel der im Gesamtjahr gelieferten Erdgasmenge), so liefen schon in der ersten Jahreshälfte 1998 neue Forderungen in Höhe von etwa 130 Millionen US-Dollar auf. Hinzu kamen nicht bezahlte Verbindlichkeiten für Stromlieferungen aus Rußland und Litauen. Im ersten Quartal 1998 wurden nur noch 6 % der Gaslieferungen bar bezahlt, nachdem schon im Vorjahr der Anteil der Barzahlungen statt der vereinbarten 30 % (und zeitweise geforderten 70 %) nur 10 % betragen hatte. Im April 1998 einigte man sich mit dem russischen Gasmonopolisten Gazprom darauf, 200 Millionen US-Dollar an Zahlungsrückständen in weißrussische Staatstitel umzuwandeln. Außerdem wurde das Leistungsbilanzdefizit im ersten Quartal 1998 durch weitere Abflüsse von Devisenreserven finanziert. Ende Mai 1998 reichten die Bruttoreserven gerade noch aus, die Einfuhr für zehn Tage zu decken.

Ohne weitere russische Unterstützung wird sich die Zahlungsbilanzsituation in Zukunft noch kritischer darstellen. Die Finanzkrise, die im August 1998 in Rußland ausbrach, verschärft die weißrussischen Zahlungsbilanzprobleme. Aufgrund der prekären wirtschaftlichen Situation in Rußland kann Belarus nur dann weiterhin mit russischer Unterstützung rechnen, wenn politische Überlegungen das ökonomische Kalkül dominieren.

Die Reaktion der wirtschaftspolitischen Instanzen in Belarus auf diese negativen Entwicklungen beschränkte

<sup>13</sup> Im Falle Deutschlands erklärt sich beispielsweise der Anstieg der Exporte nach Belarus vom ersten Halbjahr 1996 zum ersten Halbjahr 1997 nahezu vollständig durch die Zunahme der Fertigwarenexporte. Dieser Trend setzte sich im ersten Halbjahr 1998 fort. Der Anteil dieser Produkte an der Ausfuhr der Bundesrepublik nach Belarus betrug 76 %; vgl. Statistisches Bundesamt: Außenhandel. Fachserie 7. Reihe 3. Wiesbaden, verschiedene Jahrgänge.

<sup>14</sup> Schätzungen, denen offenbar der Marktkurs des weißrussischen Rubels zum US-Dollar zugrunde liegt, kommen zu einem Handelsbilanzdefizit für das erste Halbjahr 1998 von 21 % des BIP; vgl. Belarus Economic Trends. Monthly Update, Juli 1998.

<sup>15</sup> Der Tauschhandel mit Rußland beläuft sich Schätzungen zufolge auf etwa die Hälfte des Gesamthandels. Soweit wie möglich werden die Export- bzw. Importzahlen um das geschätzte Ausmaß des Tauschhandels korrigiert. Allerdings gehen Schätzungen über „shuttle trade“, Transithandel oder Schmuggel nicht in die offiziellen Zahlungsbilanzstatistiken ein. Ihr Umfang dürfte beträchtlich sein.

Tabelle 13

**Zahlungsbilanz 1995 bis 1998**  
Millionen US-Dollar

	1995	1996	1997	1997				1998	
				I	II	III	IV	I	II
Außenhandel	-528	-1 149	-1 335	-398	-341	-222	-374	-484	-369
Exporte	4 621	5 790	7 383	1 571	1 708	1 959	2 145	1 773	1 894
Importe	-5 149	-6 939	-8 718	-1 969	-2 049	-2 182	-2 519	-2 257	-2 262
Nichtfaktordienstleistungen	262	572	538	140	138	116	143	112	137
Einnahmen	431	908	923	.	.	.	.	229	.
Ausgaben	-170	-336	-385	.	.	.	.	-106	.
Faktordienstleistungen	-66	-18	-79	-19	-16	-15	-29	-13	-25
Einnahmen	2	71	26	.	.	.	.	4	.
Ausgaben	-67	-89	-106	.	.	.	.	-18	.
Transfers	79	91	78	16	27	21	15	15	43
Saldo der Leistungsbilanz	-253	-503	-799	-261	-192	-100	-246	-371	-214
Kapitaltransfers	7	1 006	133	.	.	.	.	33	.
Sonstiger Kapitalverkehr <sup>1)</sup>	158	268	608	.	.	.	.	85	.
Direktinvestitionen	7	70	190	.	.	.	.	14	.
Portfolioinvestitionen	0	5	-43	.	.	.	.	-11	.
Mittel- und langfristiger Kapitalverkehr	79	39	83	.	.	.	.	25	.
Kurzfristiger Kapitalverkehr	73	155	379	.	.	.	.	56	.
Saldo der Kapitalverkehrsbilanz	165	1 274	741	.	.	.	.	388	109
Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen	0	-158	93	.	.	.	.	0	0
Saldo	-88	614	36	.	.	.	.	0	0
Reserveaktiva <sup>2)</sup>	-108	45	-6	.	.	.	.	94	-3
Umschuldungen <sup>3)</sup>	196	-659	-30	.	.	.	.	-94	3

In Anlehnung an die Gliederung der weißrussischen Nationalbank. Handelsdaten für das Jahr 1996 enthalten nicht die Ausfuhr von Waffen in Höhe von 370 Mill. US-\$. Ebenfalls nicht enthalten im Jahre 1996 ist das Begleichen von noch offenen Rechnungen für Lieferungen von Gazprom durch unverkaufte Produkte aus Belarus in Höhe von 840 Mill. US-\$. — <sup>1)</sup> Netto. — <sup>2)</sup> „-“ bedeutet Zunahme der Nettoauslandsforderungen. — <sup>3)</sup> Änderungen der Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland.

Quellen: Belarus Economic Trends (verschiedene Ausgaben); Arbeitsunterlagen der Institute.

sich bisher auf immer weitergehendere dirigistische Maßnahmen. Diese betreffen sowohl den Bereich der Wechselkurspolitik als auch Kapitalverkehrskontrollen und Außenhandelsbeschränkungen. So wurde im April 1998 ein Dekret erlassen, wonach die Ein- und Ausfuhr bestimmter Konsumgüter nur von ausgewählten staatlichen Institutionen vorgenommen werden dürfen. Bei einer Zuwiderhandlung droht der Entzug der Handelslizenz.<sup>16</sup> Darüber hinaus setzte sich die Regierung verstärkt dafür ein, daß die Unternehmen Vorleistungen beziehungsweise Fertigwaren möglichst nur im Inland kaufen.<sup>17</sup> Derartige Maßnahmen werden allerdings nur bewirken, daß sich die Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Produzenten auf internationalen Märkten weiter verschlechtert und mögliche ausländische Investoren Belarus als Standort weiterhin nicht in Betracht ziehen.<sup>18</sup>

### Ordnungspolitik

Der Prozeß der Unternehmensprivatisierung hat sich weiter verlangsamt. Im ersten Halbjahr 1998 waren nur

<sup>16</sup> Stoßrichtung dieser Maßnahme war es, Exporte nach Rußland zu verhindern, um Gütermangel auf dem weißrussischen Konsumgütermarkt zu mindern.

<sup>17</sup> Um diese Politik der Importsubstitution durchzusetzen, wurden insgesamt 40 Präsidialdekrete und -resolutionen, 12 Resolutionen des Ministerrats und 17 Anweisungen des Premierministers verabschiedet.

<sup>18</sup> Die Volkswagen AG gab zum Beispiel ihre Intention auf, über ihre Tochterfirma Skoda in Belarus zu investieren. McDonald's wurde im August aufgefordert, den Bedarf an Lebensmitteln in Belarus zu decken. Bisher wurde allerdings von einer effektiven Anwendung dieser Maßnahme abgesehen. Bis dahin hatte McDonald's monatlich Waren in Höhe von etwa 0,5 Millionen US-Dollar aus Rußland bzw. Polen importiert.

Tabelle 14

**Außenhandel nach wichtigen Ländern und Ländergruppen 1993 bis 1998**  
Millionen US-Dollar

	1993	1994	1995	1996	1997	1998 1. Halbjahr
	Exporte					
Insgesamt	1 970	2 641	4 706	5 652	7 301	3 637
GUS-Staaten	1 181	1 609	2 930	3 764	5 379	2 795
Rußland	790	1 260	2 089	3 024	4 730	2 530
Ukraine	256	267	607	478	425	.
Kasachstan	47	27	76	85	53	.
Andere	88	55	158	177	171	.
Nicht-GUS-Staaten	789	1 032	1 776	1 888	1 922	842
Europa	512	707	1 374	1 316	1 176	.
Österreich	27	17	18	15	16	.
Deutschland	98	155	268	198	217	.
Italien	26	32	61	57	64	.
Polen	86	104	271	338	245	.
Schweiz	27	40	8	20	21	.
Türkei	31	29	34	30	33	.
Andere	217	330	714	658	580	.
Vereinigte Staaten	39	55	58	84	93	.
Andere	238	270	344	438	653	.
	Importe					
Insgesamt	2 539	3 351	5 564	6 939	8 689	4 513
GUS-Staaten	1 420	2 376	3 677	4 570	5 817	2 931
Rußland	1 138	2 128	2 965	3 522	4 673	2 433
Ukraine	162	172	509	889	968	.
Kasachstan	83	39	56	59	39	.
Andere	37	37	147	100	137	.
Nicht-GUS-Staaten	1 119	975	1 887	2 369	2 872	1 582
Europa	893	744	1 582	1 947	2 296	.
Österreich	39	36	45	54	63	.
Deutschland	369	299	424	601	691	.
Italien	18	19	83	111	158	.
Polen	94	112	197	195	250	.
Schweiz	53	23	17	38	42	.
Türkei	23	10	8	17	50	.
Andere	297	245	808	931	1 042	.
Vereinigte Staaten	87	51	97	152	138	.
Andere	139	180	208	270	468	.
	Handelsbilanzen (Exporte — Importe)					
Insgesamt	-569	-710	-858	-1 287	-1 388	-877
GUS-Staaten	-239	-767	-747	-806	-438	-136
Rußland	-348	-868	-876	-498	57	97
Ukraine	94	95	98	-411	-543	.
Kasachstan	-36	-12	20	26	14	.
Andere	51	18	11	77	34	.
Nicht-GUS-Staaten	-330	57	-111	-481	-950	-740
Europa	-381	-37	-208	-631	-1 120	.
Österreich	-12	-19	-27	-39	-47	.
Deutschland	-271	-144	-156	-403	-474	.
Italien	8	13	-22	-54	-94	.
Polen	-8	-8	74	143	-5	.
Schweiz	-26	17	-9	-18	-21	.
Türkei	8	19	26	13	-17	.
Andere	-80	85	-94	-273	-462	.
Vereinigte Staaten	-48	4	-39	-68	-45	.
Andere	99	90	136	168	185	.

Quellen: Eigene Berechnungen auf Grundlage von Arbeitsunterlagen der Institute.

Tabelle 15

**Umgewandelte und privatisierte Unternehmen 1991 bis 1998**  
Anzahl

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998 1. Halb- jahr	Ins- ge- samt
Privatisierte und umgewandelte Unternehmen	61	190	244	632	468	521	572	127	2 815
Privatisiert durch:									
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	34	47	57	152	35	58	76	154	613
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	13	87	24	12	1	0	0	} 64	} 1 073
Direktverkauf, Auktion	11	52	92	251	172	208	223		
sonstige Verkäufe	—	—	—	—	—	34	95		
Umwandlung in Aktiengesellschaften	3	4	71	217	260	221	178	23	977
davon:									
Republikseigentum	19	32	140	184	53	131	192	23	774
Privatisiert durch:									
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	9	20	44	28	1	5	1		
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	6	8	10	1	0	0	0		
Direktverkauf, Auktion	1	1	18	3	0	0	0		
sonstige Verkäufe	—	—	—	—	—	34	95		
Umwandlung in Aktiengesellschaften	3	3	68	152	52	92	96		
Kommunales Eigentum	42	158	104	448	415	390	380	104	2 041
Privatisiert durch:									
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	25	27	13	124	34	53	75		
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	7	79	14	11	1	0	0		
Direktverkauf, Auktion	10	51	74	248	172	208	223		
Umwandlung in Aktiengesellschaften	0	1	3	65	208	129	82		
Quellen: Belorusskij rynek, Nr. 31/1996, S. 14, Nr. 5/1997, S. 7, Nr. 29/1997, S. 21; Materialien des Wirtschaftsministeriums der Republik Belarus, 1998; Arbeitsunterlagen der Institute.									

noch 127 Unternehmen in die Privatisierung einbezogen und damit weniger als die Hälfte der Zahl in der entsprechenden Vorjahresperiode. Privatisierungen fanden wie bisher vor allem auf kommunaler Ebene statt (Tabelle 15). Bei den von Beginn der Privatisierung bis Mitte 1998 ganz oder teilweise entstaatlichten Unternehmen (insgesamt 2 815) handelt es sich zu einem großen Teil um kleinere Betriebe aus dem Handels- und Dienstleistungssektor. Trotzdem sind in diesen Bereichen noch immer rund 40 % der Betriebe in staatlichem Eigentum.<sup>19</sup> Die sogenannte kleine Privatisierung wird daher voraussichtlich nicht wie geplant Mitte 1999 abgeschlossen werden. Nur etwa 12,5 % der bislang teilentstaatlichten Unternehmen sind Industriebetriebe.

Ein im März 1998 erlassenes Präsidialdekret zur Privatisierung sollte nach offizieller Verlautbarung die Privatisierung beschleunigen.<sup>20</sup> Allerdings wurde am bisherigen Privatisierungsablauf wenig verändert, so daß eine Beschleunigung auch künftig kaum zu erwarten ist. Die Pri-

privatisierung eines Betriebes wird wie bislang grundsätzlich dezentral auf Vorschlag der Belegschaft eingeleitet. Bei Unstimmigkeiten zwischen Belegschaften und staatlichen Organen können große Unternehmen auch auf Beschluß des Präsidenten (bei mehr als 4 000 Beschäftigten), des Ministerrats (2 000 bis 4 000 Beschäftigte) oder des Privatisierungsministeriums (bis zu 2 000 Beschäftigte) privatisiert werden. Damit verbleiben bei der Privatisierung größerer Unternehmen wichtige Entscheidungsbefugnisse bei zentralen Organen. Neu ist, daß die Privatisierung grundsätzlich nicht unentgeltlich vorgenommen werden soll. Während der offiziell weiterhin laufenden Voucherprivatisierung können Aktien aber auch noch gegen Schecks

<sup>19</sup> Vgl. Belorusskij rynek, Nr. 34/1998, S. 15.

<sup>20</sup> Vgl. Sobranie dekretov, ukazov Prezidenta i postanovlenij pravitel'stva Respubliki Belarus'. Dekret Prezidenta Respubliki Belarus': „O razgosudarstvennii i privatizacii gosudarstvennoj sobstvennosti v Respublike Belarus". Nr. 9/1998, S. 90 ff.

getauscht werden.<sup>21</sup> Allerdings kommt die Voucherprivatisierung unter anderem aufgrund eines zu geringen Angebots an Aktien nicht voran. Die breite Bevölkerung und die Belegschaften, denen Vorzugskonditionen eingeräumt werden, haben damit kaum Gelegenheit, unentgeltlich Aktien zu erhalten. Hinzu kommt, daß das Dekret, im Unterschied zu den noch bis 1996 verabschiedeten Privatisierungsprogrammen, keine konkreten Zielvorgaben enthält. Angesichts des fehlenden politischen Willens ist kein Impuls für die Privatisierung zu erwarten.

Die bislang erfolgte Privatisierung hat angesichts der zunehmenden staatlichen Eingriffe immer weniger Bedeutung für die Entscheidungsfreiheit und die Leistungsanreize von Unternehmen und ist somit rein formaler Natur. Zum 1. Januar 1998 war per Präsidialdekret die Möglichkeit eröffnet worden, in Kapitalgesellschaften eine „goldene Aktie“ einzuführen, die dem Staat in wichtigen Unternehmensentscheidungen auch von bereits mehrheitlich privatisierten Betrieben ein Vetorecht verleiht.<sup>22</sup> Nachdem das Parlament (Oberhaus) im Februar 1998 der Einführung des Vetorechts zugestimmt hatte, lehnte die Repräsentantenkammer (Unterhaus) im Mai unter dem Hinweis, die goldene Aktie behindere die Reformen, die vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen zum Gesetz „Über die Aktiengesellschaften“ ab. Die Kammer forderte, daß der Entwurf unter anderem hinsichtlich der Modalitäten der Einführung und in bezug auf die Gültigkeitsdauer der goldenen Aktie zu präzisieren sei.<sup>23</sup> Allerdings bleibt das Dekret in der vorliegenden Fassung auch ohne die vorgesehene Gesetzesänderung gültig. Derzeit wird für vier Unternehmen die Einführung einer goldenen Aktie erwogen. Der gesamte Vorgang ist ein Hinweis darauf, daß staatliche Organe ohne volle parlamentarische Zustimmung versuchen, die Rolle des Staates in der Wirtschaft zu erhalten bzw. sogar zu erhöhen.

Veränderungen im Bereich der Bodengesetzgebung, die bereits mit Wirkung zum 1. Januar 1998 beschlossen worden waren, wurden im September konkretisiert.<sup>24</sup> Juristischen Personen, auch ausländischen Unternehmen, ist der Erwerb von Boden unter der Bedingung erlaubt, daß sie zugehörige privatisierte Produktionsanlagen betreiben oder Investitionsprojekte, die im Interesse der Republik liegen, verwirklichen wollen. Über den Verkauf an juristische Personen entscheiden staatliche Organe. Eine Weiterveräußerung ist nur möglich, wenn die ursprüngliche Nutzung beibehalten wird. Ein freier Bodenmarkt wird durch das Gesetz also nicht geschaffen. Auch bleibt abzuwarten, ob die neuen Möglichkeiten in der Praxis überhaupt ausgeschöpft werden und die veränderte Bodengesetzgebung tatsächlich einen Reformfortschritt darstellt.

Auf inflationäre Tendenzen wurde in der Vergangenheit verstärkt mit Erlassen und Verordnungen zur Preisbildung reagiert.<sup>25</sup> Die vorgesehenen Eingriffe in die Preisbildung konnten jedoch nur unzureichend durchgesetzt werden; immerhin unterlag nach letzten Informationen etwa ein Drittel der Konsumausgaben den Preiskontrollen. Die

Preisadministrierungen bei Gütern des Grundbedarfs führten zur Entstehung von Schwarzmärkten, zu illegalen Exporten und zu einem Mangel an wichtigen Grundnahrungsmitteln im legalen Handel. In einigen Städten wurden Grundnahrungsmittel bereits rationiert. Statt marktwirtschaftliche Reformen anzugehen, wurde ein Gesetzentwurf mit zahlreichen Elementen administrativer Preisbildung vorgelegt. So unterscheidet der Entwurf neben „freien“ Preisen auch Kategorien wie „regulierte“, „fixierte“ sowie Höchst- und Mindestpreise. Juristischen Personen wird nur dann die Möglichkeit zur freien Preisgestaltung eingeräumt, wenn keine Vorschriften zur Preisbildung bestehen. Dies bedeutet einen weiteren Rückschritt zur planwirtschaftlichen Preisbildung.

### Zusammenfassung

Die Republik Belarus geht weiterhin nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich einen ausgeprägten Sonderweg. Warnungen externer Beobachter, der eingeschlagene Kurs führe unweigerlich in eine Sackgasse und könne keineswegs als Basis für ein nachhaltiges Wachstum dienen, finden bislang in den offiziellen Statistiken keine Bestätigung. Vielmehr prägen Erfolgsmeldungen das Bild. Im ersten Halbjahr 1998 stieg das offiziell ausgewiesene Bruttoinlandsprodukt um mehr als 12 %. Getragen wurde das Wachstum von der Bauwirtschaft, der Industrie und dem Transportwesen. Sehr hohen Zuwachsraten bei Investitionen, Einzelhandelsumsatz und Staatsverbrauch stand jedoch ein ausuferndes Außenhandelsdefizit gegenüber. Die gemessenen Realeinkommen nahmen um 21 % zu, die registrierte Arbeitslosigkeit ging zurück. Das offizielle Haushaltsdefizit lag bei nur 1,4 % des BIP, die gemessene Inflation blieb trotz starker Geldmengenausweitung bei rund 50 % per annum.

<sup>21</sup> Vgl. zum Konzept der Voucherprivatisierung: Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands. Krisenbewältigung durch Flucht in die Rubelzone? Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 25/1994. Auch abgedruckt in: Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 234/1994. IWH Forschungsreihe 4/1994.

<sup>22</sup> Vgl. zur „goldenen Aktie“: Vgl. Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus. Verordnetes Wachstum endet in Währungs-krise. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 17/1998. Auch abgedruckt in: Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 314/1998. IWH Forschungsreihe 3/1998.

<sup>23</sup> Vgl. Belorusskaja delovaja gazeta vom 18. Mai 1998, S. 2.

<sup>24</sup> Vgl. Belorusskaja delovaja gazeta vom 10. September 1998, S. 2, und Vedomosti Verchovnogo Soveta Respubliki Belarus'. Zakon Respubliki Belarus': „O vnesenii izmenenij i dopolnenij v zakon Respubliki Belarus' ‚O prave sobstvennosti na zemlju‘“, Nr. 36/1997.

<sup>25</sup> Im Frühjahr 1998 war z.B. der maximal erlaubte Aufschlag im Großhandel auf 20 % (zuvor: 25 %) und im Einzelhandel auf 30 % (zuvor: 40 %) gesenkt worden. Vgl. Belorusskaja delovaja gazeta vom 28. Mai 1998, S. 2.

Allerdings können diese Entwicklungen nur auf den ersten Blick beeindrucken. Die gemeldeten Ergebnisse werden durch immer weiter um sich greifende administrative Eingriffe in die Wirtschaftsabläufe erkaufte. Diese erschweren eine Bewertung der tatsächlichen Lage und beeinträchtigen die zukünftige Entwicklung. Mehrere Faktoren sind hierfür verantwortlich:

*Erstens* sind die gemeldeten Wachstumserfolge zu einem großen Teil Ergebnis gelenkter Kredite, die zu stark negativen Realzinsen an die Wirtschaft vergeben wurden. Die gelenkten Kredite und die damit einhergehende Geldemission haben zu einem erheblichen Inflationsdruck geführt, der nur sehr unvollständig in der offiziell ausgewiesenen Inflationsrate zum Ausdruck kommt. Panikkäufe und Rationierungen sind hierfür die bekannten Indikatoren. Vor diesem Hintergrund müssen sowohl das ausgewiesene Wirtschaftswachstum als auch die Zunahme der realen Einkommen relativiert werden, da sie auf der Grundlage der offiziellen Inflationsrate berechnet wurden. Zudem führt die Instrumentalisierung der Geldpolitik für allgemeine wirtschaftliche Ziele dazu, daß die offiziellen Zahlen zum Staatshaushalt Makulatur geworden sind. Die quasi-fiskalischen Aktivitäten der Zentralbank greifen immer weiter um sich. Durch diese Politik hat das Bankensystem seine Eigenständigkeit verloren und ist in seiner Entwicklung auf Dauer beeinträchtigt.

*Zweitens* befindet sich Belarus zwar in einer prekären außenwirtschaftlichen Lage, die wirtschafts-politischen Entscheidungsträger reagieren aber nicht mit einer Kurskorrektur, sondern mit administrativen Eingriffen. Als Reaktion auf die sich häufenden Währungskrisen werden Kontrollmaßnahmen auf immer weitere Bereiche der Wirtschaft ausgedehnt. Unmittelbarer Auslöser der Krisen war ein überbewerteter Wechselkurs. Die Zentralbank hält gleichwohl an einem System multipler Wechselkurse fest, die deutlich von dem freien Marktkurs abweichen. Durch Barterhandel, vor allem mit Rußland, kann zwar *de facto* eine Abwertung des belarussischen Rubels erreicht wer-

den, eine auf diesem Wege erzielte Abwertung ist jedoch mit hohen Kosten verbunden. Das Defizit in der Leistungsbilanz lag gemessen am offiziellen Wechselkurs bei mehr als 10 % des BIP. Da Belarus vom internationalen Kapitalmarkt isoliert ist, konnte dieses Defizit nur durch russische Hilfe finanziert werden. Diese Unterstützung nahm verschiedenste Formen, wie Handelskredite für Energielieferungen, an. Aufgrund der extremen Abhängigkeit der Republik Belarus von der Finanzierung durch Rußland ist davon auszugehen, daß die dortige Wirtschafts- und Währungskrise mit drastischen Folgen für Belarus einhergeht. Bereits in der Vergangenheit hat Rußland immer wieder versucht, härtere Konditionen im Außenhandel durchzusetzen. Aufgrund der desolaten Finanzlage in Rußland selbst kann Belarus nur dann weiter auf Unterstützung bauen, wenn ökonomische Faktoren von politischen Erwägungen dominiert werden.

*Drittens* kommen Modernisierung und Neuaufbau des zunehmend maroden Kapitalstocks nicht voran. Die Industrie greift daher im wesentlichen auf bestehende Kapazitäten zurück. Die Wachstumsreserven werden sich in absehbarer Zeit auch aus diesem Grund erschöpfen.

Aufgrund der krisenhaften Entwicklungen des laufenden Jahres ist mit einer deutlichen Abschwächung des Wirtschaftswachstums zu rechnen, so daß das BIP im Gesamtjahr 1998 bestenfalls um 5 % zunehmen wird. Im kommenden Jahr werden nicht nur die Auswirkungen der Krise voll zum Tragen kommen, sondern auch die Grenzen der bestehenden Kapazitäten erreicht werden. Mehr als eine Stagnation des BIP ist daher nicht zu erwarten. Die Inflation wird in beiden Jahren im dreistelligen Bereich liegen, wobei Preiskontrollen wiederum dazu verwendet werden dürften, das wahre Bild der Preisentwicklung zu beschönigen. Zudem ist das Risiko eines plötzlichen wirtschaftlichen Kollapses gestiegen. Diesen versucht die Regierung durch weiter verschärfte administrative Eingriffe abzuwenden. Die solchen Prozessen eigene Dynamik führt zurück zur Planwirtschaft.

# Aus den Veröffentlichungen des DIW

## Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 164 **Expertise über die Anstoßwirkungen öffentlicher Mittel in der Städtebauförderung.** Von Vera Lessat unter Mitarbeit von Klaus-Peter Gaulke und Josef Rother. 102 S. 1996. (3-428-08902-2). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Heft 165 **FuE-Aktivitäten, Außenhandel und Wirtschaftsstrukturen: Die technologische Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich.** Von Florian Straßberger, Marian Beise, Heike Belitz, Ludger Lindlar, Dieter Schumacher und Harald Trabold. 211 S. 1996. (3-428-08920-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 166 **Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft in Deutschland bis zum Jahr 2010 — Ergebnisse quantitativer Szenarien.** Von Martin Gornig, Bernd Görzig, Claudius Schmidt-Faber und Erika Schulz. 169 S. 1997. (3-428-09126-4). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Heft 167 **Ostmitteleuropa auf dem Weg in die EU — Transformation, Verflechtung, Reformbedarf.** Von Christian Weise, Herbert Brücke, Fritz Franzmeyer, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher und Harald Trabold, unter Mitarbeit von Silke Boger und David Rusnok. 348 S. 1997. (3-428-09133-7). DM 178,— öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 168 **Lage und Perspektiven der deutschen Schienenfahrzeugindustrie.** Von Rainer Hopf, Hartmut Kuhfeld, Heike Link, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels, unter Mitarbeit von Alfred Haid und Kurt Hornschild. 242 S. 1997. (3-428-09141-8). DM 144,— / öS 1.051,— / sFr 128,—.
- Heft 169 **Wirtschaftliche Verflechtung zwischen EU und GUS — Niedriges Niveau, großes Potential, vage Perspektiven.** Von Christian Weise, Herbert Brücke, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher, Harald Trabold und Ulrich Weissenburger (†) unter Mitarbeit von Silke Boger, Ulrike Ludden und David Rusnok. 210 S. 1997. (3-428-09344-5). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 170 **Lage und Perspektiven der Unternehmen in Ostdeutschland — Ergebnisse einer Umfrage.** Von Karl Brenke und Alexander Eickelpasch, unter Mitarbeit von Lorenz Blume. 124 S. 1997. (3-428-09361-5). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 171 **Europäische Strukturfonds in Sachsen: Zwischenevaluierung für die Jahre 1994 bis 1996.** Von Kornelia Hagen und Kathleen Toepel. 249 S. 1997. (3-428-09389-5). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 172 **Situation und Perspektiven der deutschen Raumfahrtindustrie — Eine ordnungspolitische Analyse.** Von Bernhard Wieland, Talat Mahmood und Lars-Hendrick Röller, Projektleitung: Kurt Hornschild. 210 S. 1998. (3-428-09440-9). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 173 **Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland.** Von Klaus-Dietrich Bedau. 127 S. 1998. (3-428-09481-6). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 174 **Effizienz von Maßnahmen zur Verbrauchseinschränkung bei Mineralölversorgungsstörungen.** Von Rainer Hopf, Jutta Kloas, Heilwig Rieke, Martin Schmiech und Franz Wittke (DIW); Klaus Lindner und Dieter Merten (IE). 239 S. 1998. (3-428-09482-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 175 **Wirkung und Wirksamkeit der EU-Binnenmarktmaßnahmen — Evaluierung des Studienprogramms der Europäischen Kommission.** Von Christian Weise, Stefan Bach, Heike Link, Uta Möbius, Bernhard Seidel, Wolfgang Seufert und Harald Trabold. 173 S. 1998. (3-428-09579-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 176 **Zum Einfluß betrieblicher und sektoraler Differenzierung der Arbeitskosten und sonstiger Regelungen auf die Beschäftigung im Strukturwandel.** Von Bernd Görzig, Wolfgang Scheremet und Frank Stille. 315 S. 1998. (3-428-09580-4). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 177 **Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metallhütten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).** Von Peter Eggert, Ilse Häusser, Bernd-Michael Kruse, Jochen Parchmann, Sighelm Thede und Eberhard Wettig. 341 S. 1998. (3-428-09682-7). DM 188,— / öS 1.372,— / sFr 167,50.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin  
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200  
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep, Wolfram Schrettl, Ph. D.,  
Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

*Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus — Weitere Restauration der Planwirtschaft.*

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel / Institut für Wirtschaftsforschung Halle.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.

Zuzüglich Versandkosten.

ISSN 0012-1304